Solidarität mit den Protesten gegen die Arbeitsrechts-"Reform" in Frankreich

Wir, Menschen aus Wissenschaft Publizistik und Gewerkschaften aus Deutschland, erklären unsere Solidarität mit den Menschen in Frankreich, die gegen die Arbeitsrechts-"Reform" weiter protestieren und streiken. Diese Streiks und Proteste sind berechtigt, notwendig und ein Vorbild für die gesamte Europäische Union.

Wir protestieren gegen das Gesetz, das per Notverordnung am Parlament vorbei diktiert wird. Es stimmt weitgehend mit den Forderungen des Arbeitgeberverbandes MEDEF überein und richtet sich gegen die Meinung und Interessen der Mehrheitsbevölkerung. Diese Demokratur verschärft die Rechtsentwicklung in der Europäischen Union.

Wir protestieren ebenfalls gegen die massive Polizeigewalt und Verurteilungen, mit denen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit der Streikenden und Protestierenden eingeschränkt wird.

Präsident Francois Hollande und Premierminister Manuel Valls haben auf angebliche Erfolge gleichartiger Gesetze in anderen EU-Staaten verwiesen. Doch diese Erfolge gibt es nicht, im Gegenteil.

Die Bundesrepublik Deutschland, die unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) mit der Agenda 2010 am frühesten mit solchen "Reformen" begann, wurde dadurch zum größten Niedriglohnstaat in Europa. Das schädigt nicht nur die Beschäftigten, die Arbeitslosen und vor allem die Jüngeren in Deutschland selbst, sondern auch die Volkswirtschaften der anderen EU-Mitgliedsstaaten, nicht zuletzt Frankreichs. Diese Reformen sind eine Ursache für die wachsende Arbeitslosigkeit in der ganzen EU.

Durch die Agenda 2010 und weitere Maßnahmen der Folgeregierungen wurden in Deutschland kollektive, transparent entwickelte Tarifverträge zurückgedrängt. Die Gewerkschaften werden geschwächt. Einzelbetriebliche Vereinbarungen führen unter dem internen Druck der Arbeitgeber – sie drohen mit der Schließung oder Verlagerung des Betriebs oder mit Entlassungen – zur noch weiteren Entgrenzung der Arbeitszeiten, zu Lohnsenkungen, zu unbezahlten Überstunden, zu noch mehr Teilzeit- und Minijobs, zu noch mehr befristeten oder sogar unbezahlten Arbeitsplätzen (Praktika).

Selbst die deutsche Regierung muss mittlerweile zugeben: wegen der Niedriglöhne und begleitende Rentenkürzungen bildet sich bereits jetzt eine gewaltige Altersarmut. Pensionäre sind in wachsender Zahl zu Nebenarbeit gezwungen. Hunderttausende Niedriglöhne müssen staatlich subventioniert werden. Mithilfe von etwa tausend Tafeln muss der Hunger der Verarmten notdürftig gestillt werden. Die wachsende Unsicherheit und der unkontrollierte Leistungsdruck haben zu mehr Stress und einem Anstieg der psychischen Krankzeiten und Depressionen geführt.

Die nach deutschem Vorbild durchgezogenen Arbeitsrechts-"Reformen" sind Teil eines zerstörerischen Standort-Wettbewerbs und haben zu Ungleichheiten geführt, die auch den demokratischen und sozialen Zusammenhalt in der EU schon jetzt schwer schädigen.

Wir stimmen mit den Streikenden und Protestierenden in Frankreich überein: Die abhängige Arbeit muss aufgewertet, deren finanzielle und moralische Herabwürdigung muss beendet werden! Auch Flüchtlinge dürfen nicht für Lohn-Dumping missbraucht werden!

Wir schließen uns der Forderung von Attac Frankreich an: Lohnerhöhungen insbesondere für die unteren Einkommensgruppen! Investitionen müssen in arbeitsplatzschaffende Produkte fließen, etwa in den ökologischen Umbau der Systeme für Transport und Energie! Investitionen in Bildung und Ausbildung für alle! Arbeitszeitverkürzung für alle! Beendigung des zerstörerischen Lohndumping-Wettbewerbs zwischen den EU-Mitgliedsstaaten! Zur Gegenwehr und zur Entwicklung von Alternativen sind auch demokratische Aufstände notwendig.

13.Juni 2016

Diese Erklärung wurde vom Wissenschaftlichen Beirat attac Deutschland initiiert

Einzelunterschriften:						
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats:			Dr.	Thomas	Sablowski	
Prof. Dr.	Rudolph	Bauer	Prof. Dr.	Michael	Schneider	
PD Dr.	Josef	Berghold	Prof. Dr.	Jürgen	Schutte	
Prof. Dr.	Armin	Bernhard	Dr.	Manuela	Troschke	
Prof. Dr.	Stefan	Bestman	Prof. Dr.	Michael	Vester	
Prof. Dr.	Alex	Demirovic	HonProf. Dr. Frieder Otto Wolf			
Prof. Dr.	Ulrich	Duchrow				
Prof. Dr.	Heide	Gerstenberger	Und weitere aus attac-Deutschland			
Prof. i. R. Dr.	Michael	Hartmann				
Prof. Dr.	Frigga	Haug				
Prof. Dr.	Peter	Herrmann	Prof. Dr. Heiner Flassbeck (Makroskop			
Prof. Dr.	Rudolf	Hickel	Mediengesellschaft)			
Prof. Dr.	Uwe	Hirschfeld	Dr. Paul Steinhardt (Makroskop			
Ass. Prof. Dr.	Stefanie	Hürtgen	Mediengesellschaft)			
Dr.	Harald	Klimenta	Mag Wompel (Labour Net Germany)			
Dr.	Reinhart	Kößler	Dr. Werner Rügemer (Aktion gegen			
Dr.	Lydia	Krüger	Arbeitsunrecht)			
Prof. Dr.	Ingrid	Kurz-Scherf	Dr. Winfried Wolf (Lunapark21)			
Prof. Dr.	Mohssen	Massarrat	Franz Kersjes (Welt der Arbeit)			
Dr.	Wolfgang	Neef	Uwe Hiksch (Naturfreunde Deutschlands)			
Dr.	Silke	Oetsch	Marie-Dominique Vernhes (Sand im Getriebe)			
Dr.	Norman	Paech	Prof. Dr. Rainer Roth (Klartext)			
PD Dr.	Ralf	Ptak	Einzelunterschrift: Heinrich Bleicher-			
	Katharina	Pühl	Nagelsmann (Geschäftsführer Verband der			
Dr.	Oliver	Pye	deutschen SchriftstellerInnen)			
Dr.	Werner	Rügemer				

Kontakt: Dr. Werner Rügemer 0049-163-8689945